

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2011

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE Mitglied der Vereinigung des Europäischen Jahres 2012

2012 ist das *Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen*. Die Confederation of Family Organisations in the European Union (COFACE) wird neben etwa 40 weiteren europäischen Organisationen Mitglied in der „Vereinigung des Europäischen Jahres 2012“ sein und dort gezielt die Perspektive der Familien im Blick haben. Durch das EJ 2012 sollen innovative Lösungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen gefunden werden, denen sich die alternde europäische Bevölkerung stellen muss. Es soll auch dazu beitragen, ältere Menschen in die Lage zu versetzen, sich eine gute körperliche und geistige Verfassung zu erhalten und sich im Erwerbsleben und in ihren Gemeinschaften aktiver einzubringen.

- [Website des Europäischen Jahres 2012](#)

COFACE verabschiedet Papier zu „Romafamilien und die generationsübergreifende Übertragung von Armut und sozialer Ausgrenzung“

Das Positionspapier beschäftigt sich mit der Situation von Romafamilien in Europa und stellt vor allem die Aspekte Armut und soziale Ausgrenzung in den Vordergrund. Neben einer Analyse zur Situation gibt die COFACE eine Reihe von Empfehlungen an die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Das Positionspapier kann in Kürze von der Website der COFACE heruntergeladen werden.

Position der COFACE zur Schaffung eines kollektiven Rechtsschutzes

Die COFACE wurde vom JURI Ausschuss (Recht) des Europäischen Parlaments zu einer Stellungnahme zur Schaffung eines kollektiven Rechtsschutzes angefragt. Die COFACE betont, dass der kollektive Rechtsschutz ein wichtiges Instrument für Familien sein kann und fordert das Europäische Parlament zum Handeln auf. Der kollektive Rechtsschutz sei ein wichtiger weiterer Schritt, der über die alternativen Methoden der Streitbeilegung hinausginge, da diese ihre Ergebnisse meist nur für eine kleine Gruppe von Personen erziele, die die Mühen der Prozesse auf sich nehmen. Eltern hätten besseres zu tun als sich dieser aufwändigen Methode zu widmen, daher sei der kollektive Rechtsschutz die Lösung, die kein pro-aktives Handeln und wenig Zeitaufwand von den Eltern erfordert.

Neues aus dem Europäischen Rat

EPSCO fordert bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Ministerrat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) hat bei seinem Treffen am 3. Oktober 2011 die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission dazu aufgefordert,

Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ergreifen, um den demografischen Herausforderungen in Europa zu begegnen.

In dem Beschluss weist der EPSCO-Rat darauf hin, dass die niedrigen Geburtenraten in Europa nicht unbedingt den tatsächlichen Familienwünschen von Männern und Frauen entsprechen, sondern vielfach in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation begründet liegen. Daher sei die stärkere Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie notwendig, auch im Hinblick auf eine steigende Arbeitsmarktbeteiligung im Lebensverlauf. Dies könne beispielsweise erreicht werden durch einen leichteren Zugang zu bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Betreuungsleistungen sowie durch das Voranbringen einer gleichen Verteilung der Familien- und Haushalts-Aufgaben zwischen Frauen und Männern.

Der EPSCO-Rat verweist in seinem Beschluss ausdrücklich auf die Position des Europäischen Rates vom 17. Juni 2011, dass verbesserte Maßnahmen zur Vereinbarkeit, wie eine familienfreundliche Beschäftigungspolitik oder verschiedene familiäre Auszeitmöglichkeiten für Männer und Frauen, die Balance von Familien- und Berufsleben erleichtern und zum Erreichen wesentlicher Ziele der Europäischen Union in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung beitragen. Auch der damalige Dreivorsitz (Spanien, Belgien und Ungarn) und Polen hatten am 1. April 2011 in Gödöllő bereits alle relevanten Akteure aufgefordert, auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten mehr für eine bessere Vereinbarkeit von Berufs-, Familien- und Privatleben, für die Gleichstellung der Geschlechter und gegen Armut zu tun.

Der EPSCO-Rat fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission detailliert zu einer verstärkten institutionellen Zusammenarbeit sowie zu einem erleichterten Austausch zwischen den verschiedenen Einrichtungen und Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene auf. Die vorhandenen Methoden der Kooperation und der Wissensvermittlung, darunter auch die Offene Methode der Koordinierung und die europäische Allianz für Familien, sollen insbesondere beim Thema Betreuung für abhängige Personen, einschließlich der Kinderbetreuung und der Langzeitpflege, besser genutzt sowie die Sozialpartner bei der Suche nach Antworten auf die Folgen des demografischen Wandels stärker einbezogen werden.

Die Europäische Kommission wird aufgefordert, über die Fortschritte der Mitgliedstaaten in Bezug auf Kinderbetreuungseinrichtungen Bericht zu erstatten, wie es in der "Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010 - 2015" vorgesehen ist.

Außerdem ersuchte der Rat die Kommission, die Mitgliedstaaten im Hinblick auf ein Europäisches Jahr für Familien 2014 zu konsultieren.

- [EPSCO-Ratsbeschluss zur Vereinbarkeit vom 3. Oktober 2011](#) 

Konferenz zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer

Ziel der Konferenz „The mechanisms for reconciling professional and family roles for women and for men as a chance to actively participate in the labour market“, die am 20. und 21. Oktober 2011 im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft stattfand, war ein Austausch von Meinungen und Fachwissen zu den Mechanismen für die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf. Den teilnehmenden Expert/innen für Gleichstellungsfragen, Demographie, Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik wurden u.a. die Ergebnisse einer durch das European Institute for Gender Equality (EIGE) durchgeführten Studie präsentiert. Thematisiert wurde auch der europäische Fahrplan für die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf (siehe nächster Artikel).

Informelles Treffen der Minister/innen für Familie und Gleichstellung

Begleitend zur Konferenz zu Mechanismen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf trafen sich am 21.10.2011 die Minister/innen für Familie und Gleichstellung zu einem informellen Treffen. Ziel war ein Austausch über die Möglichkeiten des europäischen Fahrplans für Europa 2020 hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- [Erklärung der Dreier-Präsidentschaft vom 21. Oktober 2011](#) 

Europäischer Rat beschließt neue Richtlinie zum Verbraucherrecht

Der Europäische Rat hat am 10. Oktober eine neue Richtlinie für Verbraucherrechte angenommen. Diese Richtlinie sieht klare und einheitliche Regelungen insbesondere für Online-Käufe in der Europäischen Union vor. In diesen Bestimmungen sind unter anderem Widerrufsrechte, Lieferfristen, sowie Zusatzkosten für die Nutzung bestimmter Zahlungsmittel geregelt. Mit der neuen Richtlinie sollen auch versteckte Kosten unterbunden werden. Künftig darf es keine vorangekreuzten Kästchen mehr geben, mit denen zusätzliche Leistungen angeboten werden. Die Regelungen gelten nicht nur für Internet-Käufe und andere Arten des Versandhandels, sondern beispielsweise auch bei Käufen an der Wohnungstür. Teile der neuen Verbraucherrichtlinie waren umstritten, da es in einigen europäischen Ländern, darunter Deutschland, bereits weitergehende nationale Vorschriften gibt. Diese können aufgrund der beabsichtigten Vollharmonisierung nach Inkrafttreten der neuen Regelungen nicht aufrecht erhalten werden. Der Rat und das Europäische Parlament hatten sich bereits im Juni 2011 auf die neuen Vorschriften verständigt. Die Mitgliedstaaten müssen die neue Richtlinie nun innerhalb von zwei Jahren umsetzen.

- [Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Rechte der Verbraucher](#) 

Neues aus dem Europäischen Parlament

Unterstützung für Alleinerziehende gefordert

In seiner Entschließung vom 25. Oktober fordert das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten auf, die Situation alleinerziehender Mütter zu verbessern. Genannt wird dabei unter anderem die Einrichtung von Familienzentren, in denen Alleinerziehende vorübergehende Unterkunft sowie Beratung und Bildungsangebote erhalten sollen. Konkret fordern die Abgeordneten, dass alleinerziehenden Müttern Wohnungsbeihilfe gewährt und ihnen Priorität bei Wartelisten für Mietwohnungen gegeben werden soll. Um der Armut zu entgehen, sollen die Bildungsangebote, einschließlich der Information über sexuelle und reproduktive Rechte der Frauen, insbesondere für jüngere Frauen verbessert werden. Alleinerziehenden Müttern soll der Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfond erleichtert werden. Vorgeschlagen werden auch finanzielle Anreize für Unternehmen, die Alleinerziehende beschäftigen oder Betriebskindergärten betreiben. Auch alleinerziehende Väter sollen von den Maßnahmen profitieren.

- [Entschließung des Europäischen Parlaments zur Situation alleinerziehender Mütter](#) 

Diskussion über die Mehrwertsteuer in Europa

Am 13. Oktober hat sich das Europäische Parlament bei seiner Sitzung in Brüssel auf eine Position zur Zukunft der europäischen Mehrwertsteuer geeinigt. In der entsprechenden Entschließung sprechen sich die Abgeordneten für ein stärker harmonisiertes Mehrwertsteuersystem auf möglichst breiter Grundlage aus, um Betrug und Steuerverlusten sowie Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Binnenmarkt entgegenzuwirken. Dennoch sollen die Mitgliedstaaten weiterhin die Möglichkeit haben, steuerliche Ausnahmeregelungen auf der Grundlage enger sozialer oder kultureller Kriterien zu gewähren, solange sie kein Hindernis für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes darstellen. Präferiert wird eine grüne Mehrwertsteuer mit ermäßigten Sätzen für energieeffiziente und umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, sich bis zum Januar 2012 auf ein Verzeichnis allgemeiner Waren und Dienstleistungen zu verständigen, für die Steuerbefreiungen oder ermäßigte Sätze gelten sollen und dabei eine einheitliche Auslegung der verwendeten Rechtsbegriffe sicherzustellen. Bis Ende 2013 soll die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat einen Bericht vorlegen, der ein verbindliches Verzeichnis der Waren und Dienstleistungen enthält, die für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz oder Steuerbefreiungen in Frage kommen.

- [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.10.2011 zur Zukunft der Mehrwertsteuer](#)

Neues EU-Programm für Sozialen Wandel und Innovation

In ihrem Vorschlag für die Regional-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik 2014-2020 plant die EU-Kommission ein neues EU-Programm für Sozialen Wandel und Innovation (PSCI). Es ist direkt bei der Kommission angesiedelt und soll die bisherigen Programme PROGRESS, EURES und European Progress Microfinance Facility in sich vereinen sowie ihren bisherigen Anwendungsbereich erweitern. Mit dem Programm will die EU-Kommission die politische Koordination, den Austausch von best-practice-Beispielen, den Aufbau von Infrastrukturen und das Erproben innovativer politischer Maßnahmen unterstützen. Die erfolgreichsten Projekte sollen anschließend mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds weitergeführt werden.

- [Informationen der EU Kommission zum EU Programm für Sozialen Wandel und Innovation](#)

Stakeholder Seminar der Europäischen Allianz für Familien

Am 12. Oktober 2011 fand in Brüssel eine Veranstaltung der europäischen Allianz für Familien statt. In zahlreichen Vorträgen wurden verschiedene Perspektiven, wie z.B. Geschlechtergerechtigkeit, Demographie, Pflege, Wohneigentum und Familienformen beleuchtet. Die Vorträge sollen in Kürze auf der Internetseite der Europäischen Allianz für Familien zu finden sein.

- [Website der Europäischen Allianz für Familien](#)

Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut

Auf dem ersten Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung diskutierten am 17. und 18. Oktober in Krakau über 400 Teilnehmer/innen aus 38 europäischen Staaten den

gegenwärtigen Stand der Armutsbekämpfung im Rahmen der Europa Strategie 2020 sowie Vorschläge für Maßnahmen in den Jahren 2012/2013. Die Diskussionen machten deutlich, dass die aktuelle Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Sparmaßnahmen das Erreichen des Ziels, 20 Millionen weniger Arme in Europa im Jahr 2020, ernsthaft gefährden. Die Versammlung forderte die Mitgliedstaaten auf, mehr gegen Armut zu tun. Notwendig seien unter anderem gemeinsame europäische Kenngrößen für die Armutsbekämpfung, die Konzentration auf Kinderarmut, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Mindestlöhne, die Förderung eines gesunden und aktiven Alterns sowie die beschleunigte soziale und ökonomische Inklusion benachteiligter Gruppen. Die Schlussfolgerungen des Kongresses werden von Kommissar Andor dem Kollegium der Kommissionsmitglieder und am 1. Dezember 2011 von der Polnischen Präsidentschaft beim Treffen des EPSCO-Rates in Brüssel vorgestellt.

- [Bericht der EU-Kommission zum Kongress der Europäischen Plattform gegen Armut](#)

Zwei Veröffentlichungen von Eurochild

Positionspapier: Kinderarmut – Familienarmut: Ein und das Selbe?

Das Positionspapier von Eurochild folgt den rechtlichen Grundlagen der UN Kinderrechtskonvention und der entsprechenden Gesetzesbasis der EU. Zwar könne Kinderarmut nicht getrennt von Familienarmut bekämpft werden, dennoch gebe es weitere wichtige Aspekte einer rechte-basierten Perspektive auch innerhalb des Familienkontextes. Kinderarmut könne daher nicht nur durch Bekämpfung von Familienarmut angegangen werden. Eurochild befürwortet einen multi-dimensionalen Ansatz zur Bekämpfung von Kinderarmut, basierend auf: 1. Zugang zu adäquaten Ressourcen, 2. Zugang zu Sozialen Diensten und 3. Partizipation.

- [Download des Positionspapiers von Eurochild](#) 

Report: The role of local authorities in parenting support

Der Bericht präsentiert die Ergebnisse des Runden Tisches der Arbeitsgruppe „Family and parenting support“, der am 19. und 20. Mai 2011 in Eindhoven stattgefunden hat. Am Runden Tisch nahmen Expert/innen aus den Niederlanden, Nord-Irland, Schweden, Deutschland, Irland sowie aus Belgien teil.

- [Bericht "The role of local authorities in parenting support"](#) 

Besserer Schutz für Kinder in sozialen Netzwerken

Kinder sind in Sozialen Netzwerken immer noch nicht ausreichend geschützt. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Untersuchung im Auftrag der EU-Kommission. In dem Testbericht geht es insbesondere um die Umsetzung der „Grundsätze für sichere soziale Netze in der EU“. Neelie Kroes, für die digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, kündigte an, im weiteren Verlauf des Jahres eine umfassende Strategie aus Schutz- und Befähigungsmaßnahmen anzugehen, um das Internet zu einem sicheren Ort für Kinder und Jugendliche zu machen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

Rentensysteme und Altersarmut in Europa

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in ihrer Studie „Rentensysteme und Altersarmut im internationalen Vergleich“ die Kapazitäten der verschiedenen Rentensysteme zur Sicherung des Lebensstandards und zur Vermeidung von Altersarmut in Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden, der Schweiz, Frankreich und Deutschland untersucht. Durch die Rentenreformen der vergangenen Jahre in Europa wurden die Rentenleistungen vor allem an gezahlte Beiträge gebunden und die individuelle Altersvorsorge ausgebaut. Perspektivisch erhöht sich dadurch das Risiko der Armut im Alter, insbesondere für Personen mit atypischen Erwerbsbiographien. Als Vorschläge für mögliche Reformansätze werden neben einer Lockerung des Äquivalenzprinzips Änderungen in der Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik genannt.

- [Studie „Rentensysteme und Altersarmut im internationalen Vergleich“](#) 

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Arbeitsstrukturen in Europa

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat eine Studie zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung und die Arbeitsverhältnisse in der EU-27 veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass die Beschäftigung in hochbezahlten Jobs, vor allem im Bereich wissensbasierter Dienstleistungen, auch in der Krise zugenommen hat, obwohl EU-weit in den Jahren 2008 bis 2010 gut fünf Millionen Arbeitsplätze wegfielen. Der Jobverlust betrifft vor allem das produzierende Gewerbe und damit besonders die mittleren Einkommensklassen. Männer sind nach den Ergebnissen der Studie stärker vom Arbeitsverlust betroffen als Frauen. Während die Beschäftigungszahlen von älteren Arbeitnehmern in der Krise stiegen, sanken vor allem die Jobaussichten für junge Beschäftigte.

- [Eurofound-Studie „Shifts in the job structure in Europe during the Great Recession“](#) 

Rechtlicher Beistand für leibliche Väter

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Rechte von leiblichen Vätern gestärkt. Deutsche Gerichte hatten dem betroffenen Mann bisher die Klärung der Vaterschaft und das Umgangsrecht mit seinem mutmaßlichen Kind verweigert, mit der Begründung, es fehle eine sozial-familiäre Beziehung zum Kind. Die Straßburger Richter betrachteten dies als Verstoß gegen das Recht auf Achtung des Privatlebens. Dem Urteil des EGMR zufolge hätte geprüft werden müssen, ob ein Umgang des mutmaßlichen leiblichen Vaters im Interesse des Kindeswohls liegt.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- Fotoausstellung [„Neue Bilder vom Alter\(n\)“](#), Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU (6. Oktober- 25. November 2011, Brüssel)
- Expertengespräch [„Child Well-being“](#), OECD u.a. (2.-3. November 2011, Paris)
- Konferenz [„Young People and Sexual Health in Europe: Promoting Education, Awareness and Access to Services“](#), Public Policy Exchange (8. November 2011, Brüssel)
- Fachgespräch der Alliance for Childhood European Network Group: “The State of Affairs of the Child in the City, and What Needs To Be Done?” (8. November 2011, Brüssel)
- Stakeholder Konferenz [„Where do we go with Flexicurity? Share your views.“](#), Europäische Kommission (14. November 2011, Brüssel)
- Seminartagung [„Investing in Children: Early Years Services and Child Protection“](#), European Social Network (14.-15. November 2011, Paris)
- Konferenz zur Strategie des Europarates für die Rechte des Kindes 2012 – 2015 [„Building a child-friendly Europe: Turning a vision into reality“](#) (20.-21. November 2011, Monaco)
- Seminartagung im Rahmen des Europäischen Daphne-Projekts: “Domestic violence and Employability – Which practices in Europe” (22. November 2011, Brüssel)
- Konferenz [„Meeting the Challenge of Europe’s Ageing Population“](#), Public Policy Exchange (23. November 2011, Brüssel)
- Eurochild Jahreskonferenz 2011 [„Tackling child poverty through supporting and strengthening families“](#) (30. November - 2. Dezember 2011, Cardiff)
- Study Day der COFACE: “Individualisation of social rights in a family perspective” (1. Dezember 2011, Brüssel)
- Zukunftskongress [„Chance Europa 2020 – Jugend und Politik im Dialog“](#) (5.-8. Dezember, Berlin)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).

AGF e. V. · Courbièrstr. 12, 10787 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 21962-746
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Ivonne Famula, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)
